Der Bundesminister für
Verfassung, Reformen,
Deregulierung und Justiz

UNABHÄNGIG | TRANSPARENT | BÜRGERNAH

BMVRDJ-Pr7000/0030-III 1/2018

Museumstraße 7
1070 Wien

Tel.: +43 1 52152 0302252
E-Mail: team.pr@bmvrdj.gv.at

Herr
Präsident des Nationalrates

Zur Zahl 300/J-NR/2018

Die Abgeordneten zum Nationalrat Robert Laimer, Kolleginnen und Kollegen haben an mich eine schriftliche Anfrage betreffend „Mensuren in Österreich“ gerichtet.

Ich beantworte diese Anfrage aufgrund der mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu 1:
Die Subsumtion konkreter Sachverhalte unter die einzelnen Tatbestände des StGB obliegt der unabhängigen Rechtsprechung. Da in jedem Fall eine individuelle Prüfung vorzunehmen ist, kann eine pauschale Antwort hierzu nicht gegeben werden. Grundsätzlich können je nachdem, ob mit einer Tätigkeit eine Gefahr für die Gesundheit oder die körperliche Sicherheit verbunden ist bzw. ob sich diese Gefahr tatsächlich verwirklicht hat, die Tatbestände der Körperverletzung nach den §§ 83 ff StGB, der fahrlässigen Körperverletzung gem. § 88 StGB oder der Gefährdung der körperlichen Sicherheit nach § 89 StGB verwirklicht sein. Nach § 90 StGB ist eine solche Tat allerdings dann nicht rechtswidrig, wenn der Verletzte oder Gefährdete einwilligt und die Verletzung oder Gefährdung als solche nicht gegen die guten Sitten verstößt.

Ich darf in diesem Zusammenhang auch auf die Anfragebeantwortung 1151/AB XXI.GP durch meinen Amtsvorgänger Dr. Dieter Böhmdorfer zu der schriftlichen Anfrage (1142/J) betreffend Umgang mit sogenannten "schlagenden Verbindungen" (strafrechtliche Verfolgung von Verletzungshandlungen im Rahmen von "Mensuren") verweisen, der gleichfalls zu dem Resümee gelangt ist, dass studentische Mensuren nach den vorstehenden Grundsätzen und einzelfallbezogen zu beurteilen sind.

Soweit überblickbar gibt es weder aktuelles Schrifttum noch aktuelle Judikatur zu der Frage. An der seinerzeitigen Einschätzung hat sich nichts geändert.

Zu 2:

Der Unterschied zwischen leichter und schwerer Körperverletzung ergibt sich aus dem Gesetz. Nach § 84 Abs. 1 StGB liegt eine schwere Körperverletzung bei einer länger als vierundzwanzig Tage dauernden Gesundheitsschädigung oder Berufsunfähigkeit oder einer an sich schweren Verletzung vor. Ob eine Verletzung an sich schwer ist, ist anhand der Abwägung mehrerer Kriterien im Einzelfall, wie ua. Intensität und Ausmaß der Krankheitserscheinung, Gefährlichkeitsgrad, Chancen des Heilungsverlaufes und Wichtigkeit des betroffenen Organs oder Körperteiles zu beurteilen. Knochenbrüche werden beispielsweise – sofern es sich nicht um einfach Brüche kleiner Knochen von geringer Bedeutung handelt – von der Rechtsprechung als schwere Verletzung gewertet (*Burgstaller/Fabrizy* in *Höpfel/Ratz*, WK 2 StGB § 84 Rz 19 und 23 [Stand 5.1.2018, rdb.at]).

Zu 3:

Ja, eine wirksame Einwilligung betreffend eine leichte Körperverletzung kann grundsätzlich auch von Minderjährigen erklärt werden. Das maßgebliche Kriterium ist die Prüfung der Urteils- und Einsichtsfähigkeit der jeweiligen Person im Einzelfall. Minderjährige müssen die Bedeutung und Tragweite der Einwilligung bzw. das Ausmaß und die Gefahr einer leichten Körperverletzung abschätzen können. Je schwerwiegender die Gefahr/das Ausmaß der Körperverletzung und je geringer das Alter des/der Minderjährigen ist, desto strengere Anforderungen werden an die Prüfung der Einwilligungsfähigkeit gestellt (*Schütz* in *Höpfel/Ratz*, WK 2 StGB § 90 Rz 32ff [Stand 1.5.2016, rdb.at]).

Zu 4:

Anlässlich der Beantwortung der schriftlichen Anfrage vom 13. Juli 2000, Zl. 1142/J-NR/2000, wurde mitgeteilt, dass den Berichten der Staatsanwaltschaften zufolge die Anklagebehörden weder im Wege förmlicher Anzeigen bzw. Sachverhaltsmittlungen noch auf andere Weise Kenntnis von konkreten Fällen erlangt haben, in denen Verletzungen im Zuge von Mensuren zugefügt wurden.

Seither sind der Strafrechtssektion meines Hauses – soweit dies auf Basis umfassender Recherchen in den zur Verfügung stehenden elektronischen Aktenverzeichnissen erhoben werden konnte – keine konkreten Fälle bekannt geworden, in denen bei Mensuren Verletzungen zugefügt wurden.

Ob Verurteilungen im anfragegegenständlichen Zusammenhang ausgesprochen worden sind, könnte mangels einer besonderen Kennzeichnung solcher Fälle in der Verfahrensautomation Justiz nur durch eine händische Auswertung sämtlicher Strafurteile wegen §§ 83 ff StGB eruiert werden. Da dies mit einem unvertretbar hohen Aufwand verbunden wäre, ersuche ich um Verständnis, dass ich von entsprechenden Berichtsaufträgen Abstand genommen habe.

Zu 5 und 6:

Zentrale Bestimmung der Anzeigepflicht ist § 54 ÄrzteG, in concreto dessen Abs. 4 und 5. Die Zuständigkeit zur Regelung der Anzeigepflicht für Ärzte sowie deren Verletzung liegt nicht beim Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz, sondern beim Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz.

Zu 7 und 9:

Die Beantwortung dieser Fragen fällt nicht in den Wirkungsbereich meines Ressorts.

Zu 8:

Eine besondere Kennzeichnung solcher Fälle ist in der Verfahrensautomation Justiz nicht vorgesehen, weshalb eine Aushebung nur händisch erfolgen könnte. Der Aufwand einer solchen bundesweiten Aktenrecherche könnte jedoch nur im Rahmen einer externen wissenschaftlichen Studie bewältigt werden.

Wien, 20. April 2018

Dr. Josef Moser

REPUBLIK ÖSTERREICH BMVRDJ SIGNATUR	**Datum/Zeit**	2018-04-20T13:38:37+02:00
	Hinweis	Dieses Dokument wurde elektronisch signiert. Auch ein Ausdruck dieses Dokuments hat die Beweiskraft einer öffentlichen Urkunde.
	Prüfinformation	Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels bzw. der elektronischen Signatur finden Sie unter: www.signaturpruefung.gv.at Informationen zur Prüfung des Ausdrucks finden Sie unter: www.bmvrdj.gv.at/amtssignatur

REPUBLIK ÖSTERREICH Parlamentsdirektion SIEGEL	**Unterzeichner**	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2018-04-20T13:41:22+02:00
	Prüfinformation	Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel
Hinweis	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt.	